



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (Vom 24. bis 30 Juli)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Reichs Spiegel

(Vom 24. bis 30. Juli)

Auswärtige Politik

Marokko — Preßtreibereien — Vertrag mit Frankreich — Schwierigkeiten

Es ist nicht Leisetreterei, wenn hier nicht auf Zeitungsartikel eingegangen wird, in denen einer Aufteilung Marokkos oder einem Eroberungskriege wie zur Zeit Napoleons des Ersten das Wort geredet wird. Von politischer Weisheit zeugen derartige Artikel kaum, zumal es zurzeit jede fremde Einmischung fernzuhalten gilt. Für Phantastereien, die von einer kleinen Gruppe ausgehen, haben Deutschlands Bewohner kein Verständnis. Sie entsprechen auch nicht den deutschen Interessen. Peters, ein Heißsporn im guten Sinne, führt im Tag aus, daß derartige Pläne der gegenwärtigen diplomatischen Lage nicht entsprächen. Geradezu unverständlich ist es, wenn in solchen Artikeln die Ursachen des Krieges 1870/71 in Vergleich gestellt werden.

Auf die Kompensationsfrage einzugehen, erscheint zurzeit auch unangebracht. Sie beruht auf Zeitungskombinationen, niemand kennt die Art und den Wert der Kompensationen, sie werden täglich neu und frei in französischen Blättern erfunden. Zu bedenken bleibt, daß Kompensationen Austauschgeschäfte sind, bei denen leicht, wie beim Pferdetausch, der eine der Tauschenden über das Ohr gehauen wird. Der vorteilhafteste aller Vorschläge scheint noch immer, neben der Sicherung unserer Werte in ganz Marokko, die wirtschaftliche Öffnung des Teils, der das Susgebiet umfaßt, zu sein. Dort hätte dann Frankreich keine politischen Interessen zu verfolgen, Deutschland hätte für Ordnung zu sorgen und könnte, ohne andere Nationen auszuschließen, unter Aufrechthaltung der Selbständigkeit des Sultans durch Abkommen mit den fast unabhängigen Raids, seine wirtschaftlichen Werte heben.

Ernstes zu nehmen sind aber Zeitungsartikel, deren Verfasser mit dem Auswärtigen Amte in Fühlung stehen, in denen der Hauptwert auf ein festes Vertragsverhältnis mit Frankreich gelegt wird, um Zukunftskonflikten vorzubeugen. Es erscheint notwendig, erneut darauf hinzuweisen, daß Frankreich den Vertrag von 1909 nicht gehalten hat. Wohl ist daher die Frage berechtigt, ob ein neuer Vertrag gehalten werden wird. Der häufige Wechsel der französischen Minister läßt es zweifelhaft erscheinen, den guten Willen der jetzigen Minister vorausgesetzt, ob in Zukunft stets mit dem guten Willen französischer Minister zu rechnen sein wird. Und von diesem wird Deutschland bei Vertretung seiner Wirtschaftsinteressen in Marokko abhängig sein. Auch genügt der gute Wille der Minister allein nicht. In Marokko wird auf Jahre hinaus die tatsächliche Gewalt in den Händen der französischen Militärbehörden ruhen. Ist auch der französische Oberkommandierende zur Ausführung der Ministerdirektiven zu zwingen, so vermag doch jeder Offizier bis zum Leutnant herab in einem militärisch besetzten Landesteil aus leicht vertretbaren militärischen Gründen die wirtschaftlichen Interessen unbequemer Angehöriger anderer Nationen zu stören, zu unterbinden. Daß dieses auch in Zukunft Deutschen gegenüber geschehen wird, ist bei dem kriegerischen Sinn dieses Teils des französischen Offizierkorps anzunehmen. Das mag auch der Anlaß dazu sein, daß deutsche in Marokko angeessene Staatsangehörige sich, unter Hintenansehung

von Nationalgefühl, unter französischen Schutz stellen lassen. Einer militärischen Geheimbehörde gegenüber, die nur dem Generalstab verantwortlich ist, dem „Bureau arabe“, sind selbst die höchsten Zivilbehörden machtlos. Vermöge ihrer Landes- und Personenkenntnis, ihrer geheimen unkontrollierbaren Arbeit, entfaltet sie neben ihrer militärischen eine sehr wichtige politische Tätigkeit, die jahrelang von der französischen Regierung geduldet oder gar unterstützt wurde. Unsere mehrfach wechselnden, daher landesunkundigen Gesandten und die wenigen Konsuln sind dagegen machtlos. Ihren Reklamationen werden Scheingründe entgegengehalten, die diese oder jene Maßnahme im militärischen Interesse notwendig erscheinen lassen. Dieses Verhalten wird auch in Zukunft Konfliktstoff in sich bergen und muß bei den Verhandlungen im Auge behalten werden. Die Klagen über das Durchkreuzen deutscher wirtschaftlicher Interessen seitens der Franzosen wollen nicht verstummen. Sie gehen von einwandfreien, geachteten Besitzern deutscher Staatsangehörigkeit aus und beleuchten die Eigenart des Treibens des „Bureau arabe“. Es entstanden zum Beispiel Streitigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten zwischen einem französischen Truppenbefehlshaber und einem deutschen Besitzer über die Zugehörigkeit eines von französischen Truppen besetzten Besitzteils. Der deutsche Farmer wandte sich an den Kadi, der zur Prüfung der Ansprüche die Papiere einforderte. Als nach einiger Zeit der Farmer nach dem Ausgang des Streits sich erkundigte, mußte er vom Kadi erfahren, daß die Papiere verschwunden seien. Das war gut für den Kadi, denn hätte dieser zugunsten des Deutschen entschieden, so wäre er verschwunden und ein neuer Kadi eingesetzt. So ging es einem Kadi, der Land an einen Deutschen verkauft hatte: er verschwand sofort, ein anderer wurde eingesetzt, der Kauf war ungültig.

Aus allem dürfte hervorgehen, daß die Vertragsverhandlungen schwierig und langwierig sich gestalten werden. Mögen sie im entgegenkommenden Geiste geführt werden. Mögen aber auch die Franzosen von der Notwendigkeit strikter Durchführung überzeugt werden. Andernfalls wird Deutschlands Ehre berührt. Und diese wissen Volk und das unübertroffene Heer allezeit zu verteidigen.

Generalmajor z. D. v. Loebell = Berlin

Straßburger Brief

Elfaß und Lothringen — Die Elsäßer und Frankreich — Streber und Schwäger — Geduld!

Will man das Verständnis für die sogenannte elfaß-lothringische Frage fördern, so möge man zunächst vermeiden, von Elfaß und Lothringen stets in einem Atemzuge zu sprechen und auf dieser doppelten Basis das Verständnis zu suchen. Es ist vielmehr streng zu beachten, daß der ganze Kampf Elfaß-Lothringens um seine Autonomie seine Initiative eigentlich nur vom Elfaß erhält, während Lothringen großenteils mehr geschoben Heeresfolge leistet.

Dies erklärt sich daraus, daß Lothringen wenigstens in seinen westlichen, rein französisch sprechenden Teilen schon länger zu Frankreich gehört hatte und bereits so vollständig in ihm aufgegangen war, daß es seinen französischen Charakter — der sich abgesehen von der Sprache in den Lebensgewohnheiten, der Bauweise seiner Dörfer, der Art seiner Ackerwirtschaft und vielem anderen äußert — nur

langsam und allmählich wird abstreifen können, während das Elsaß dank seiner besonderen Entwicklung selbstbewußt seine eigenen Wege geht.

Was beide einst französischen Provinzen jetzt eint, ist das gemeinsame Geschick, die ohne ihr Zutun erfolgte Trennung von Frankreich und Angliederung an das Deutsche Reich — und die gemeinsame Zukunft.

Als Bismarck am 2. Mai 1871 die Debatte über die Vereinigung von Elsaß und Lothringen mit dem Deutschen Reich eröffnete und dem Reichstage eine wohlwollende, nicht siegermäßige Behandlung der Vorlage empfahl, da rechnete er mit Faktoren, die sich aus der „deutschen“ Vergangenheit der beiden Provinzen ergaben und auch seiner staatsmännischen Einsicht und Kenntnis der Geschichte nicht hatten entgehen dürfen. Auch zögerte Bismarck nicht anzuerkennen, daß Lüchtigkeit und Ordnungsliebe, dienstliche Zuverlässigkeit im Zivil- und Militärdienst den Söhnen dieser Provinzen ein gewisses Übergewicht über ihre rein französischen Landsleute verliehen hatten, woraus sich die unverhältnismäßig hohe Beteiligungsziffer der elsässischen Bevölkerung am französischen Staatsdienst — das Militärwesen eingeschlossen — erkläre.

Diese Eigenschaften aber sind — wir sprechen im folgenden zunächst nur von dem Elsaß — nicht entstanden in der immerhin kurzen Zeit französischer Herrschaft, sie waren vielmehr ein Erbeil der deutschen staatlichen und reichsstädtischen Entwicklung; — denn „wie kein anderes Land in Europa“ hat „das Deutsche Reich seinem Bürgertume lange Jahrhunderte hindurch eine beispiellose Selbständigkeit und Raum sich zu entwickeln gegeben“ (und oft geben müssen), „freiheitspendend zog im Mittelalter das Reich durch die elsässischen Städte“^{*)}.

Dieses Erbeil war aber auch eine der wenigen guten Folgeerscheinungen die die politische Zerrissenheit des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation gezeitigt hatte, ja zeitigen mußte. Wo die imaginäre Reichsgewalt untätig geblieben war oder nicht hatte durchdringen können, da waren schließlich die größeren oder kleineren Verbände im Reich — angefangen von der einzelnen Sippe über die städtischen Gemeinwesen hinweg bis zu den staatlichen kleineinheiten — darauf angewiesen gewesen, für sich selbst zu sorgen durch eigene Leistungen und zweckmäßigen Zusammenschluß vorübergehender oder dauernder Art. Daß damit eine starke individuelle Entwicklung kommen mußte, ist klar; und es ist nicht minder begreiflich, daß Individuen und städtische wie staatliche Verbände damit einen besonders selbstbewußten und befähigten Charakter erhalten mußten. Ebenso begreiflich ist es, daß derartige Elemente, stets von dem Wunsche nach Betätigung beseelt, versuchten, in einem großen Einheitsstaate an die Oberfläche zu kommen, wo der neue große Rahmen mit Rücksicht auf die besondere Entwicklung des Landes das Maß der individuellen und städtischen Selbständigkeit im eigenen kleinen Kreise stark beschränkte.

Dieser Fall trat für die Bewohner des Elsaß ein nach ihrer von Konflikten wenig verschont gebliebenen Einverleibung in den zentralistisch regierten französischen Staatskörper. „Rähe und berechnende Bedächtigkeit, nüchterne Umsicht ohne Größe

^{*)} Die durch Anführungsstriche gekennzeichneten Stellen sind den bekannten Arbeiten von F. Kiener: „Die elsässische Bourgeoisie“, und Werner Wittich: „Kultur und Nationalbewußtsein im Elsaß“, entnommen.

des Stils, nicht schwungvolle und enthusiastische Energie, die den Romantiker in Entzücken versetzt, sondern selbstbewußter freiheitlicher Geist, großgezogen in deutscher Zeit“, das waren die Eigenschaften, die es dem Elsäßer ermöglichten, im politischen und militärischen Leben des französischen Staates eine zahlenmäßig unverhältnismäßige Bedeutung zu gewinnen, „von Erfolg zu Erfolg zu steigen und auch noch die schönste Frucht, den Hesperidenapfel der Staatsgewalt, als Abschluß alles ergebnisreichen Strebens zu brechen“. Das waren aber andererseits auch die Eigenschaften, die ihn wieder hinderten, einen schnellen Anschluß an den anders gearteten französischen Nationalcharakter in Bälde zu finden und im französischen Staatswesen vorbehaltlos aufzugehen.

Aus diesem Erfahrungssatze erklärt sich — ohne daß wir andere Gründe ausschließen wollen — auch zum großen Teile die große Tragik im Schicksal des französischen Volkes; und die Geschichte hat wiederholt gezeigt, wie leicht sich eine starke Individualität aus den politisch mehr ebenen Volksmassen heraus zum Leiter der Geschicke dieser Nation aufzuschwingen vermochte, und daß solch ausgeprägte Charaktere mit selbst abenteuerlichem Anstrich ihr Ziel erreichten, unbeschadet des Umstandes, daß ihre Persönlichkeit gar nicht im französischen Massegebiet wurzelte.

Diese Abschweifung und auch die folgende, Frankreich insonderheit angehende Bemerkung sind nicht unwesentlich für das Verständnis der vorliegenden Frage; ist es doch bezeichnend, daß unser Nachbarstaat auch gegenwärtig wieder unter dem Banne einer Regierung steht, deren Vertreter zum allergrößten Teile dem südlichen Frankreich entstammen, wo lebhafte Beredsamkeit, schnelles, wenn auch nicht immer sehr überlegtes Handeln und das Streben nach hohen und höchsten Zielen einen starken Zug im Charakter der intellektuellen Kreise bilden.

Und wie vor etwa hundert Jahren, so steht Frankreich auch heute wieder vor dem Moment, wo es einer zielbewußten Persönlichkeit mit dem Willen zur höchsten Macht unschwer gelingen könnte, den Spuren des ersten Napoleon nachzugehen, unter gesetzlichen republikanischen Formen — vorderhand wenigstens — die höchste Staatsgewalt an sich zu reißen und in den gegebenen gesetzlichen Grenzen seinen persönlichen Willen durchaus im Einklang mit dem Wohle des Landes durchzusetzen. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß dieser vielleicht kommende Mann sich aus dem Milieu der gegenwärtigen Regierungskreise erheben sollte. Führende deutsche Blätter haben jedenfalls auf diese Möglichkeit hingewiesen, die mit Rücksicht auf die deutsch-französischen Beziehungen von ganz besonderem Interesse für uns sein muß.

Um nun zum eigentlichen Thema zurückzukehren, so muß man es auch andererseits als das tragische Geschick der Bewohner des Elsaß bezeichnen, daß ihre Rückvereinigung mit der alten deutschen Heimat plötzlich alle Wege versperrte, die den Söhnen des Landes die Geltendmachung ihrer Persönlichkeit ermöglicht hatten, um damit ihnen selbst und der engeren Heimat den Widerschein einer besonderen Stellung im Staatsgetriebe zu geben und erst rückwirkend aus diesem Gefühl persönlicher Befriedigung heraus Anhänglichkeit und (deutsche) Treue zur neuen großen und ruhmreichen Heimat entstehen zu lassen, — psychologisch eine kleine Selbsttäuschung, die aber als Zwischenstadium bis zur völligen Assimilierung an Frankreich für beide Teile nur gute Früchte hatte zeitigen können. Mit der Lösung vom französischen Staatsverbande trat aber nicht nur jener negative Erfolg

in seine Wirksamkeit, sondern der Bewohner des Landes wurde an die ihm fremd gewordene, an Einwohnerzahl inzwischen gewachsene alte Heimat gefesselt, die ihm nicht nur den erlittenen Verlust ersetzen sollte, sondern auch noch nach Lage der Dinge auf verschiedenen Gebieten als Konkurrentin entgentreten mußte. Denn hier im alten Stammlande war ja doch auch im Laufe der beiden Jahrhunderte kein Stillstand in der Entwicklung eingetreten, im Gegenteil. Während der Elsäßer in Frankreich die größeren Chancen auf seiner Seite hatte, trat er gegen seinen Willen in den ihm inzwischen ungewohnt gewordenen Verhältnissen des neuen Deutschen Reiches einem auf allen Gebieten viel mehr zugespitzten kräftigeren Wettkampf gegenüber. Demselben war er und konnte er individuell nicht ohne weiteres gewachsen sein, das kann man wohl, ohne anzustoßen, sagen. Denn bisher waren im französischen Staatsverbande für seine eigene Entwicklung und Betätigung von dem Augenblicke seiner dormaligen Einverleibung ab ganz andere Kräfte und Situationen in einer durch die geschichtliche Entwicklung Frankreichs mehr geebneten und darum weniger schwer zu behandelnden Umgebung bestimmend gewesen.

Die weite Kluft also, die nach der Angliederung Elsaß-Lothringens an die deutsche Einheit zwischen der Bevölkerung beider Gebiete entstanden war, konnte nicht im Handumdrehen verschwinden, um so weniger, als die Reichsregierung eine ganz neue Schöpfung war, die sich erst selbst konsolidieren mußte, ehe sie mit der ganzen Kraft in die neuen Verhältnisse der Reichslande eingreifen konnte.

Es ist noch von keiner Seite — soweit wir über die Behandlung des Themas unterrichtet sind — auf den Parallelismus dieser beiden neuen Verhältnisse hingewiesen worden; und doch ergibt ein aufmerksamer Vergleich der inneren Geschichte der Bundesstaaten nach 1871, daß auch bei diesen alten, deutsch gebliebenen Reichsteilen die wechselseitigen Beziehungen zwischen Reich und Bundesstaaten nicht durchgängig in eitel Freude und Wonne ausklangen. Und da verlangt man ein ungetrübbtes, womöglich überschwengliches Liebesverhältnis zwischen Reichsland und Reich?

Auf beiden Seiten sollte man dem doch Rechnung tragen! Dieser Umstand vermag vieles zu erklären, was den Einwohnern des Landes, aber auch in Altdeutschland selbst, an den Maßnahmen der Reichs- und elsäß-lothringischen Landesregierung unverständlich erschienen ist; er vermag ferner auch zu erklären, daß man im Reiche, mit sich selbst stark genug beschäftigt, den besonderen Verhältnissen des Reichslandes trotz bestem Willen kein lebhafteres und ununterbrochenes Interesse entgegenzubringen vermochte. Die größeren inneren und äußeren Aufgaben des neuen Bundesstaates mit seinen staatsrechtlich originellen und allgemein ungewohnten Verhältnissen gingen vor dem Interesse des neuen Teiles; auch das ist im täglichen Leben des einzelnen mit seinen inneren und äußeren Konflikten die Richtlinie, nach der leider verfahren werden muß. Daß hierbei der kleinere und schwächere Teil ein vollgerütteltes Maß Leid zu ertragen hat, ist unabwendbar.

Zu der ohnehin schon schwierigen Lage des neuen Reichsgebiets trat aber noch besonders erschwerend der Umstand hinzu, daß dasselbe in der Zeit seiner Zugehörigkeit zu Frankreich natürlich auch an dessen politischer Entwicklung Anteil genommen hatte. „Die Teilnahme an den politischen Geschicken Frankreichs, in Verbindung mit den gegebenen sozialen Voraussetzungen im Lande, hatte neben

dem französischen Nationalbewußtsein auch eine demokratisch-republikanische Grundstimmung im ganzen Volke ausgebildet.“ Deutschland dagegen war der Demokratisierung seiner Bevölkerung zum Teil bewußt aus dem Wege gegangen. Wenn es in neuerer Zeit, besonders in Süddeutschland, für die demokratischen Grundsätze ein etwas größeres Interesse zu bekunden scheint, so dürfte dieser Punkt in der Frage des engeren Anschlusses des Reichslandes an das Reich eine nicht unwesentliche Rolle zu spielen berufen sein. Die ganze politische Weltanschauung zwischen dem Neuland und dem Reiche war jedenfalls im Augenblick der Rückvereinigung so verschiedenartig, daß sich auch aus ihr eine Unmenge von Konflikten ergeben mußte und leider zur gegenseitigen Verbitterung ergeben hat.

Diese aus der Demokratisierung des Landes herrührenden Schwierigkeiten einer Verständigung von Reichsland und Reich mehrten sich, als sich schließlich der partikularistische Zug in der elsäß-lothringischen Bevölkerung lebhafter zu regen begann, der ja an und für sich mit dem Gedanken der Reichseinheit durchaus vereinbar ist.

In dieser Periode stehen wir jetzt mitten drin!

Die nach dem Friedensschluß einsetzende Entwicklung des Landes unter deutscher Herrschaft ist also durchaus nicht als etwas ganz Außergewöhnliches und Unerhörtes in der Geschichte der Völker anzusehen; sie ist auch an sich nicht etwa hervorgerufen durch mehr oder weniger geeignete Maßnahmen der Regierung oder gar durch eine innere Unvereinbarkeit der Stammeseigentümlichkeiten der einheimischen und der eingewanderten Bevölkerung bedingt. Vielmehr ist die stattgehabte und noch immer im Flusse befindliche Evolution des Landes vom anfänglichen Protest über die Periode des Beiseitestehens hinweg bis zur gegenwärtigen Aufbrandung des politischen Lebens anlässlich der Verfassungs- und Wahlrechtsfrage als die notwendige Vorbedingung anzusehen für den engeren Anschluß des Landes an das Reich; und der lebhafte Gärungszustand ist der Most, aus dem heraus sich die wiedererlangte Konkurrenzfähigkeit des Elßäfers mit dem altdeutschen Stammesgenossen destilliert. Das bei solchem Vorgange nicht alles glatt und ohne Reibungen verläuft, ist verständlich; und daß ehrgeizige, abenteuernde Gehirne glauben, auf den Schultern der Volksmassen hochkommen zu können zu eigenem Vorteil und Ruhm, das ist ein Mißstand und kann unter Umständen zu einer Gefahr werden, wenn nicht die richtigen Hände im rechten Augenblick energisch und „ohne Leidenschaft“ zugreifen.

An dem positiven Gange der Entwicklung wird auch der augenblicklich wieder auslodernde Oppositionsgeist nichts ändern, der sich in der Gründung des neuen Nationalbundes unverhüllt auszusprechen scheint. Der Elßäfer ist, wie es einst der gegenwärtige elsäßische Staatssekretär beim Abschiede des Herrn v. Koeller aussprach, ein alter Räsoneur — aber gerade diese Eigenschaft ist urdeutsch.

Die vom Nützlichkeitsstandpunkte aus vielleicht nicht einmal so sehr zu bedauernde reaktionäre Bewegung ist zwar ein unnötiger Umweg, wird aber letzten Endes dazu dienen, das verwegene Spiel zu enthüllen, das die geistigen Urheber dieses Anachronismus mit den Landesinteressen spielen: „der widerliche Chor der Streber und Schwäger, der sich wie zu allen Zeiten unter großen Worten und mit derben Ellbogen zur Sonne drängt“.

Die in materiellen und Gefühlsmomenten gleichzeitig wurzelnde elsäß-lothringische Frage mit ihren Erregungen wird in der Hauptsache die enteulende Zeit zu lösen haben; „die innerliche Angliederung der Bevölkerung an das Reich wird sich auf demselben Wege vollziehen, der Elsässer wird auf dieselbe Art und Weise ein deutscher Patriot werden, auf die er ein guter Franzose geworden ist“; — „den Anschluß zu finden, sind nicht die Gelehrten berufen, noch weniger die Schwäger, solche Probleme löst nicht die Wissenschaft, sondern das Leben auf der Grundlage objektiver politischer Einrichtungen und großer gemeinsamer wirtschaftlicher, sozialer und religiöser Interessen“.

Ein müßiges Beginnen scheint es, außerdeutsche Regierungen als leuchtende Vorbilder hinzustellen für die Art, wie Fragen der vorliegenden Art gelöst werden müssen (!); und es zeugt von ziemlich oberflächlicher Prüfung unserer und uns fremder Verhältnisse.

Als England — um nur ein beliebtes Beispiel herauszugreifen — vor einer ähnlichen Frage anlangte, da stand es weder vor oder mitten in einer gleichen innerpolitischen Entwicklung schwieriger Art, noch hatte es und hat es mit denselben geographischen und internationalen Verhältnissen zu rechnen wie Deutschland, ganz abgesehen von den total abweichenden kulturellen, Charakter- und ähnlichen Fragen. Die Geschichte lehrt, daß nicht Nachäffung, sondern eigenes Erleben und Erkämpfen im Rahmen der besonders gearteten Verhältnisse ein Ganzes schweift, wobei eine gewisse Befruchtung von außen her nicht ausgeschlossen ist.

W. G. Burckhardt = Straßburg i. E.

Bank und Geld

Deutsch-japanischer Handelsvertrag — Marokko und die Börsen — Lage des Geldmarkts — Die Ernte

Der Handelsvertrag, den die deutsche Reichsregierung vorbehaltlich der Zustimmung des Reichstags mit Japan abgeschlossen hat, ist nicht geeignet, besonderen Enthusiasmus in den Kreisen von Industrie und Handel zu erwecken. Wieder müssen, wie erst jüngst bei dem deutsch-schwedischen Abkommen, unsere Unterhändler den Interessenten das fertige Werk mit dem Ausdruck des Bedauerns darüber vorlegen, daß sich angesichts der besonderen Verhältnisse „nicht mehr habe erzielen lassen“. Und worin bestehen diese „besonderen Verhältnisse“? Nun einfach in der Tatsache, daß auch Japan jetzt den Schritt zum autonomen Zolltarife getan hat, daß es in die Reihe der Staaten eingerückt ist, die bestrebt sind, durch ein Hochschutzzollsystem ihre eigene Industrie zu entwickeln und das Eindringen fremder Erzeugnisse nur so weit zu begünstigen, als die eigene Produktion sie nicht in ausreichendem Maß herzustellen vermag. Es ist also auch von Japan nach dem bewährten Rezept verfahren worden: Man stellt einen Zolltarif auf mit möglichst unerfchwinglichen Sätzen und benutzt diese als Grundlage für das Unterhandeln und Feilschen mit den vertragslustigen Staaten. Eine Herabsetzung der autonomen Sätze im Wege des Vertrags erscheint dann als ein besonderes Entgegenkommen, das durch angemessene Gegenleistungen der anderen Seite erkauft werden muß. Es ist ohne weiteres klar, daß die großen Exportländer diese allmähliche Einengung ihrer Absatzgebiete schwer empfinden müssen, ganz besonders aber da, wo es sich um Länder mit einer außerordentlichen Konsumkraft und einer dichten Bevölke-

rung handelt, wie in denen des fernen Ostens. Die Entwicklung Japans zu einem modernen Kulturstaat hat für die alten Industrievölker wirtschaftliche Folgen, die über die politische Bedeutung der Machtverschiebung in Ostasien noch hinausgehen. Sie sind nicht so sehr darin zu erblicken, daß Japan selbst als Absatzland allmählich verloren gehen wird. Diese Einbuße wäre noch zu ertragen, obwohl es sich um ein Gebiet von etwa fünfzig Millionen Einwohnern handelt, die aus dem Stadium der bisherigen Bedürfnislosigkeit heraustreten und nach und nach sich an die Lebensgewohnheiten und Kulturansprüche Europas gewöhnen. Viel schwerer wiegt, daß Japan offen danach strebt, die Hand auf China zu legen und hier seiner Industrie ein ungeheures Absatzgebiet zu eröffnen. Die europäische und nordamerikanische Konkurrenz darf es hier leicht zu schlagen hoffen. Stammesverwandtschaft und örtliche Nähe geben ihm ja einen außerordentlichen Vorsprung vor dem Wettbewerb der so fernliegenden Länder. Diese werden daher die größten Anstrengungen machen und alles aufbieten müssen, um sich in China den freien Zutritt zu wahren. Noch steht dieses Riesenreich mit seiner Bevölkerung von vierhundert Millionen erst am Anfang seiner modernen zivilisatorischen Entwicklung. Die Politik der „offenen Tür“, die man einst mit so viel Nachdruck für die Beziehungen Westeuropas und Amerikas zu dem Reich der Mitte proklamiert hat, in dem sicheren Gefühl, daß hier für den Expansionsdrang aller Raum gegeben sei, muß auch dem japanischen Parvenü gegenüber verteidigt und aufrecht erhalten werden. Das wird eine viel wichtigere und vielleicht auch schwierigere Aufgabe der Handelspolitik, der staatlichen wie der privaten, sein als die Aufrechterhaltung und Pflege guter Handelsbeziehungen zu Japan selbst. Letztere sind, was Deutschland anbetrifft, gegenwärtig ihrer ziffernmäßigen Bedeutung nach nicht allzu hoch zu schätzen: im Jahre 1909 hat unsere Ausfuhr 77,6 Millionen, unsere Einfuhr 29,2 Millionen betragen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Ziffern der Ausfuhr, die zur Zeit des Reetablissemments nach dem russischen Kriege stark in die Höhe geschneilt waren, während der letzten drei Jahre um 25 Millionen zurückgegangen sind, zweifelsohne infolge der Erstarkung der japanischen Industrie. Diese aktive Handelsbilanz ist keine sehr günstige Grundlage für die Verhandlungen über einen Zolltarif: es fehlt die Gegenleistung, die man gewähren müßte. Das hat auch England erfahren, das einen ungleich bedeutenderen Handel mit Japan unterhält; es hat sich die erhöhten Sätze des japanischen Tarifs gefallen lassen und sich damit begnügen müssen, einige Zugeständnisse und Bindungen durchzusetzen. Und so müssen auch wir uns, da an einen Zollkrieg schlechterdings nicht gedacht werden kann, wohl oder übel damit bescheiden, einige solcher „Zugeständnisse“, die natürlich gegen den bisherigen Zustand Zollerhöhungen darstellen, in unser Kreditbuch zu können. Das Hauptgewicht ist auf die erlangte Meistbegünstigung zu legen, die für uns immerhin noch Verbesserungen des Tarifs infolge von Konzessionen an andere Staaten in den Bereich der Möglichkeit rückt. So wird dem Reichstag nichts übrig bleiben, als dem geschlossenen Abkommen zuzustimmen, wie unzweifelhaft es auch ist, daß die bisherigen Ausfuhrbedingungen eine Verschlechterung erfahren.

Die Börse hat eine an Aufregungen reiche Woche hinter sich. Die Marokko-Affäre hat ihr infolge der Auslassungen des englischen Schatzkanzlers einen plötzlichen Schrecken eingejagt, der die Sorglosigkeit der Vorwoche in ihr Gegenteil

verkehrte. Die Börsen in Paris und London hatten der politischen Unsicherheit in ihrer Haltung weit mehr Rechnung getragen als Berlin, das sich fast stellte, als ob eine Marokkofrage nicht existiere. Als aber infolge der Drohhede Lloyd Georges englische Konjols bis auf $78\frac{1}{8}$, einen förmlichen Kriegskurs, fielen, da war es mit der zur Schau getragenen Gleichgültigkeit vorbei, und einige bange Tage belehrten die Spekulation darüber, wie unvorsichtig sie gehandelt hatte, als sie die politische Unsicherheit nicht in Rechnung zog. Ein Glück war es, daß das Unwetter rasch vorüberging und die Erklärungen des Premierministers im Unterhause die Welt über das loyale Verhalten Englands beruhigten. Andernfalls wäre ein Debaßle nicht zu vermeiden gewesen. Denn unsere Börse ist augenblicklich nicht in der Lage, einen starken Stoß auszuhalten. Die anhaltenden Kurssteigerungen haben eine gewaltige Zunahme der Effektenpekulation des Privatpublikums zur Folge gehabt, und zwar, wie immer in solchen Fällen, unter erheblicher Verschuldung. Dies ist keine günstige Lage, wenn es gilt, Widerstandskraft an den Tag zu legen und eine augenblicklich bedrohlich scheinende Situation durch Aushalten zu überwinden. Hoffentlich zieht das Publikum aus den Erfahrungen der letzten Woche die Lehre, seine Engagements abzuwickeln, solange es noch Zeit ist und die Verluste erträglich scheinen. Denn die politische Lage ist und bleibt unsicher, wie sehr es auch zu wünschen wäre, daß die Aufregungen der Jahre 1905 und 1906 der Börse erspart bleiben möchten.

Die Lage des Geldmarktes hat keinerlei Veränderung erfahren. Es herrscht eine ganz außergewöhnliche Flüssigkeit, die sich auch in sehr niedrigen Ultimogeldfüßen äußert. Das Bild hat sich also vom Ende Juni bis Ende Juli außerordentlich verschoben. Besonders erfreulich ist, daß die günstige Verfassung des Geldmarkts durch eine starke Vermehrung der Goldbestände der Reichsbank einen gewichtigen Rückhalt gewonnen hat. Nach dem letzten Ausweis ist der Goldvorrat der Bank auf 917 Millionen, eine selten erreichte Höhe, angewachsen und überragt die Ziffer des Vorjahrs um volle 100 Millionen. Die niedrigen Devisenkurse haben es also der Reichsbank ermöglicht, ihre Position in ganz ungewöhnlicher Weise zu stärken. Freilich darf man nicht vergessen, daß der deutsche Markt noch immer dem Ausland stark verschuldet ist, wenn auch wegen der Geldflüssigkeit und der niedrigen Zinssätze Rückzahlungen in ziemlichem Umfang geleistet sein mögen. Erst der nächste Quartalstermin wird uns darüber belehren, ob die augenblickliche Geldfülle einen mehr als zufälligen und vorübergehenden Charakter hat. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist es aber, daß die Welternte, trotz der Schädigungen durch Hitze und Trockenheit, ein außerordentlich günstiges Resultat verspricht. Dies gilt namentlich von der Baumwollernte, die ein noch nie erzielttes Ergebnis liefern wird. An den Baumwollbörsen hat sich daraufhin ein starker Preisrückgang vollzogen, der wohl noch kaum sein Ende gefunden haben dürfte.

Spectator

